

Türkei

Nachrichten

Nr. 80 - Oktober 2026

Friedrich
Ebert 
Stiftung

Finanzskandal in der Türkei – nur ein Börsenbetrug?

Mit dem Präsidialsystem wurden unabhängige Aufsichtsinstitutionen ausgehöhlt, Transparenz und Rechenschaftspflicht weitgehend aufgehoben. Das Versagen der Finanzmarktaufsicht ging mit einem geschätzten Rückgang des Börsenwerts um mehr als 100 Mrd. Dollar einher, der nicht nur Spekulant:innen betrifft, sondern Unternehmensfinanzierungen insgesamt. In Teilen der AKP und ihrem Umfeld wächst die Sorge vor einem moralischen Verfall. Doch der Opposition gelingt es bisher nicht, das verlorene Vertrauen in die Regierung für sich zu nutzen.

Am 17. September entschied die Finanzmarktaufsicht SPK, 131 Investmentfonds von sieben Unternehmen aufzulösen. Hintergrund war, dass nach einer Neubestimmung der Regeln für Aktienfonds am 28. August eine steigende Zahl von Anleger:innen ihre Einlagen zurückzog. Einige Fonds meldeten Zahlungsunfähigkeit, wobei sich herausstellte, dass neben Aktien- auch Geldfonds betroffen waren. Der Leitindex der Börse Istanbul verlor massiv. Das Vermögen der aufzulösenden Fonds belief sich vor der Krise auf rund 20 Mrd. Dollar, die Wertverluste des Aktienbestands der Börse Istanbul liegen deutlich über 100 Mrd. Dollar. Unmittelbar betroffen sind rund eine halbe Million Anleger:innen der aufzulösenden Investmentfonds. Mittelbar betroffen

sein könnten mehr als 7 Millionen Menschen, da neben Aktieninhaber:innen auch einige private Rentenversicherungsfonds in Aktien investieren. Es ist vom größten Finanzbetrug der türkischen Geschichte die Rede.

Dabei handelte es sich um einen Unfall mit Ansage. Bereits am 4. November 2025 hatte Finanzminister Mehmet Şimşek vor Manipulationen bei Investmentfondsgeschäften gewarnt. Im Dezember hatte die Finanzmarktaufsicht SPK mit den Vorbereitungen eines neuen Regelsets begonnen. Im Juni 2026 hatte der internationale Börsenindexersteller MSCI die türkischen Autoritäten gewarnt, dass eine Herabstufung der Börse Istanbul nur durch die Einführung neuer Regeln abgewendet werden könne. Dennoch dauerte es noch bis zum 28. August, bis die neuen Regeln erlassen wurden. In den darauffolgenden zwei Wochen sahen die türkischen Aufsichtsbehörden zu, wie Gelder in Höhe von Milliarden Dollar aus den Fonds abgezogen wurden. Erst mit Eintritt der Zahlungsunfähigkeit einzelner Fonds erfolgte die Intervention.

Zur Symbolfigur der Fondskrise wurde das AKP-Vorstandsmitglied für Sozialpolitik und frühere Ministerin Fatma Betül Sayan Kaya. Sie und ihr Ehemann hatten nach Angaben des Sprechers der Neuen Partei im April 2026 insgesamt 163 Mio. türkische Lira (TL) in Aktien von Özata

Denizcilik investiert und vor Ausbruch der Krise 2,17 Mrd. TL aus den Geschäften erlöst. Beide bestreiten rechtswidriges Verhalten. Sie trat von ihren politischen Ämtern zurück, gehört nach Angaben des AKP-Generalsekretärs nicht mehr der Partei an und zahlte nach eigenen Angaben Gewinne aus den Geschäften an einen Fonds, der zur Abfindung anderer Investor:innen geschaffen wurde.

Staatspräsident Erdoğan bemühte sich um Schadensbegrenzung. Er stellte eine schnelle Entschädigung für Kleinanleger:innen in Aussicht und kündigte an, entschieden gegen die Verantwortlichen vorzugehen. Gegenüber der Opposition machte er jedoch auch klar, dass er nicht gewillt sei, weitere AKP-Spitzenfunktionär:innen und Personen seines Umfeldes zu opfern. Mitte Oktober erklärte er, dass es gelungen sei, die Krise mit chirurgischer Präzision unter Kontrolle zu bringen. Am 16. Oktober sorgte eine Erklärung von MSCI vom Vortag, in der die bisherigen Schritte für unzureichend erachtet wurden, für einen neuen Einbruch an der Börse Istanbul. Auch wenn bis zum 18. Oktober gut die Hälfte der aufzulösenden Fonds abgewickelt waren, wird die Auflösung der übrigen Fonds und damit die Feststellung des tatsächlich entstandenen Schadens noch lange Zeit in Anspruch nehmen. Zum Schutz der Interessen von Kleinanleger:innen wurde am 22. Oktober ein Gesetz zur Abwicklung von Investmentfonds vom Parlament verabschiedet. Es sieht unter bestimmten Voraussetzungen Zwischenzahlungen von bis zu einer Million TL vor. Bei höheren Anlagesummen beträgt die Abschlagszahlung höchstens eine Million TL. Der Einsatz öffentlicher Mittel ist dabei nicht vorgesehen.



Verlauf des BIST-100-Index der Börse Istanbul von Januar bis Oktober 2026.

Finanzminister Şimşek kündigt an, dass bis zum Jahresende einige Gesetzesänderungen verabschiedet werden sollen, mit denen eine Wiederholung eines solchen Börsenbetrugs verhindert werden soll. Angekündigt ist eine Verbesserung der Überwachung der Transaktionen an der Börse Istanbul, um Aktienmanipulationen frühzeitig zu erkennen.

Versagen der Aufsicht

Der türkische Dienst der BBC gibt an, dass einzelne Aktienfonds von Januar bis August 2026 eine Wertsteigerung um

den Faktor 30 erzielten. Der Wert eines Aktienfonds hängt unter anderem von der Bewertung seiner gehaltenen Aktien ab. Bei Aktien mit geringem Handelsvolumen und geringer Verfügbarkeit können wenige Transaktionen den Börsenkurs erheblich beeinflussen. Werden dadurch künstlich höhere Kurse erzeugt und bei der Fondsbewertung angesetzt, kann der ausgewiesene Fondswert steigen, obwohl weder der Fonds zusätzliches Kapital investiert hat noch sich der wirtschaftliche Wert des Unternehmens entsprechend erhöht hat. Der rechnerische Fondswert kann dadurch über dem tatsächlich realisierbaren Wert seiner Anlagen liegen. Dies ist nun eingetreten, denn mit dem Ausstieg von Anleger:innen müssen die Fonds überbewertete Aktien verkaufen, die dabei in einen freien Fall übergingen. Einzelne Aktien haben 90 Prozent an Wert verloren.

Die schnellen Wertsteigerungen einzelner Aktienfonds lösten das Interesse immer neuer Anleger:innen aus, die Kapital einzahlten. Es besteht der Verdacht eines Ponzi-Systems, bei dem Auszahlungen an frühere Anleger:innen aus Neueinlagen finanziert wurden. Vergrößert wurde der Schaden zudem durch die Finanzierung der Kursverluste der Aktienfonds durch Geldfonds derselben Gesellschaft. Während Geldmarktfonds in der Regel risikoärmer als Aktienfonds sind, machten sie durch den Zahlungsausfall der Aktienfonds in den ersten beiden Septemberwochen hohe Verluste und mussten ebenfalls aufgelöst werden.

Angesichts von Wertsteigerungen um rund 3.000 Prozent liegt der Verdacht manipulierter Geschäfte auf der Hand. Zuständig für die Überwachung des Handels und Interventionen sind die Börse Istanbul selbst sowie die Finanzmarktaufsicht SPK. Letztere gehört zu den autonomen Marktregulierungsinstitutionen und wurde bereits 1981 gegründet. Der Vorstand der Börse Istanbul kann im Falle des Verdachts manipulierter Aktiengeschäfte den Handel einzelner Aktien oder Gruppen von Aktien sperren. Gegen Händler:innen, die im Verdacht solcher Geschäfte stehen, kann er ein Handelsverbot aussprechen. Kritiker:innen werfen dem Vorstand der Börse Istanbul jedoch vor, nicht nur nicht eingegriffen zu haben, sondern zumindest eine manipulierte Aktie in den Leitindex aufgenommen zu haben.

Die Befugnisse der SPK sind weiter gefasst. Sie erließ beispielsweise am 28. August neue Regeln für Aktienfonds, die Manipulationen erschweren sollten. Ihr obliegt außerdem die Stellung von Strafanträgen bei der Staatsanwaltschaft. Doch die SPK ordnete erst am 17. September 2026 die Abwicklung an, als sie beschloss, 131 Investmentfonds aufzulösen. Zugleich wurde Strafanzeige gestellt. Inzwischen befinden sich einige Vorstandsmitglieder von Fondsunternehmen sowie Fondsmanager:innen in Untersuchungshaft. Ihr Vermögen, aber auch das einiger Anleger:innen, wurde blockiert.

Mittelbar involviert waren außerdem die Bankenaufsicht BDDK, die Abwicklungs- und Transaktionsbank Takasbank, die Handelsplattform für Investmentfonds und schließlich das zuständige Finanzministerium.



Der Sitz der türkischen Wertpapierbörse Borsa İstanbul.

Bei der Beratung eines Gesetzentwurfes zur Auflösung der Investmentfonds im Haushaltsausschuss waren auch die Vertreter:innen der zuständigen Aufsichtsinstitutionen anwesend. In ihren Stellungnahmen zeigte sich keine Bereitschaft, Versäumnisse einzuräumen. Ein Vertreter der Finanzmarktaufsicht SPK erklärte, dass das staatliche Kontrollinstitut derzeit einen Bericht erstelle, der auch Auskunft über die Frage der Verantwortung enthalten werde.

Ein Netz von Beziehungen

In mehreren Kolumnen der Tageszeitung Karar wurde ein Netz von Beziehungen offengelegt, das eine Erklärung für die große Zurückhaltung der Aufsichtsinstitutionen bietet. Da gibt es Verwandtschaftsbeziehungen zwischen Mitgliedern der Aufsichtsinstitutionen und Vorständen der Anlegergesellschaften. Es gibt Verbindungen zu Beratern des Staatspräsidenten, Kindern früherer AKP-Minister und Abgeordneten. Während die Aufsichtsinstitutionen nicht tätig wurden, bürgten andere für die Verlässlichkeit des „Investitionsmodells“.

Damit wird auch eine Schwäche des Systems sichtbar. Formal ist die SPK nach wie vor eine autonome Regulierungsinstitution. Der Vorstand der Börse Istanbul wird von der Hauptversammlung gewählt. Da jedoch 80,6 Prozent der Anteile an der Betreibergesellschaft Borsa Istanbul A.Ş. vom Staatsfonds gehalten werden, bestimmt die Regierung direkt die Besetzung des Vorstands. Ebenso wie bei der Zentralbank wird durch die Ernennungspraxis des Staatspräsidenten auch bei der SPK die Autonomie de facto geschwächt.

Das Problem bestand nicht darin, dass die Manipulationen nicht aufgefallen sind. Sie sind sogar international gerügt worden. Darum lassen sich solche Manipulationen auch nicht allein durch eine Verbesserung der Marktüberwachung verhindern. Wenn der Hintergrund des Aufsichtsversagens in dem Beziehungsgeflecht einiger Cliquen zu suchen ist, sind es die Institutionen selbst, die gegen solche Einflüsse geschützt werden müssen. Der wirksamste Schutz wird in Autonomie und Gewaltenteilung bestehen.

Der Systemhintergrund

Das schnelle Anwachsen der Investmentfonds sowohl im Hinblick auf ihr Volumen als auch bezogen auf die Zahl der Investor:innen lässt sich nicht allein durch Manipulationen erklären. Der Ökonom Ümit Akçay hat in Beiträgen für die linke Tageszeitung Evrensel auf den finanzpolitischen Hintergrund hingewiesen. Nach dem Scheitern des Experiments, durch niedrige Zinsen die Inflation zu bekämpfen, fand im Juni 2023 eine Wende in der Geldpolitik statt. War zuvor die türkische Lira durch wechselkursgeschützte Sparkonten stabilisiert worden, was zu enormen Zinszahlungen und Reservenverlusten bei der Zentralbank geführt hatte, setzte der neue Finanzminister Mehmet Şimşek auf ein Maßnahmenpaket aus hohen Zinsen, einer Regulierung der Kreditexpansion sowie einer realen Aufwertung der türkischen Lira. Zugleich wurden die wechselkursgeschützten Sparkonten langsam abgebaut.

Für die Verwertung der aus diesen Sparkonten abfließenden Gelder mussten neue attraktive Anlageformen gefunden werden, um einen erneuten Anstieg der Devisennachfrage zu vermeiden. Der Aufstieg der Investmentfonds verläuft parallel zu dieser Entwicklung und Akçay konstatiert, dass die Geldpolitik mit der Lösung eines Problems die Grundlage für ein neues Problem schafft. Die Vermutung liegt nahe, dass hinter dem zögerlichen Eingreifen der Finanzmarktaufsicht nicht allein die Interessen einzelner Cliquen zu suchen sind, sondern auch die Notwendigkeit, attraktive Anlagemöglichkeiten in türkischer Lira zu bieten.

Ein weiterer Aspekt ist, dass mit dem enormen Kaufkraftverlust für breite Bevölkerungsgruppen seit dem Übergang zum Präsidialsystem mit regulären Mitteln wie Gehalt und Sparkonten Grundwerte des Mittelstands wie Eigenheim und Auto unerschwinglich wurden. Der massive Abfall der Geburtenrate könnte auch mit dem Kaufkraftverlust zusammenhängen. Akçay weist darauf hin, dass 2019 die Zahl der Investor:innen an der Börse Istanbul noch bei 1,2 Mio. lag, Ende 2023 jedoch bereits bei 7,65 Mio.

Berücksichtigt man jedoch auch die enorme Ungleichverteilung der Aktien auf die gewachsene Zahl der Investor:innen, wird deutlich, dass auch ohne Fondsbetrug die Mehrheit der Akteur:innen geringere absolute Gewinne erzielen dürfte.

Verfall von Sitten und Moral

Innerhalb der AKP, aber vor allem auch in ihrem konservativen Umfeld hat der Investmentfonds-Betrug zu großer Unruhe geführt. Dies ist nicht zuletzt im Verlust der bisher empfundenen moralischen Überlegenheit, aber auch in der Befürchtung begründet, dass solche Skandale den Staatspräsidenten und damit ihre politische Dominanz gefährden könnten. Eine weitere Konfliktlinie ist jedoch auch, dass sich die Partei nicht auf Dauer der Frage verschließen kann, wer die Führung nach Recep Tayyip Erdoğan übernehmen soll.

Beträchtliches Aufsehen erregte Mitte Oktober die Deklaration der Aziz-Mahmud-Hüdayi-Stiftung aus dem Umfeld der Erenköy-Gemeinschaft, die zu den einflussreichsten islamischen Bruderschaften mit starker Verbindung zur AKP zählt. Sie setzt nicht allein am Investmentfonds-Betrug an, sondern kritisiert auch die Zunahme illegaler Wettspiele und Patronage. In diesem Zusammenhang bewertet sie die aktuelle Krise nicht als Unfall, sondern als Resultat fehlender Kontrolle und des Wegschauens. Sie erklärt, dass niemand von Sicherheit sprechen könne, solange Schuldige und Verantwortliche nicht bestraft werden. Mahmut Asmalı, der Vorsitzende des Hohen Beratungsgremiums des ebenfalls der AKP nahestehenden Unternehmerverbandes MÜSİAD, erklärte, dass er sich dieser Erklärung uneingeschränkt anschließe.

Aufsehen erregte auch die offene Kritik des AKP-Abgeordneten Serkan Bayram, die er jedoch kurz darauf öffentlich zurückzog. Er hatte in einem Fernsehprogramm gesagt, dass es unabdingbar sei, das Vertrauen in die Justiz wiederherzustellen und Personen wie seine frühere Parteikollegin Fatma Betül Sayan Kaya zu bestrafen. Zwei Tage später erklärte er, er sei mit seinen Aussagen über sein Ziel hinausgeschossen und entschuldigte sich. Abweichende Positionen finden sich unter aktiven AKP-Politiker:innen äußerst selten und dies verstärkte den Eindruck, dass die Verärgerung in der Partei erheblich sein muss.

Die Opposition bleibt politisch gebremst

Die Neue Partei als Oppositionsführerin konzentrierte sich vor allem darauf, die Verwicklung von AKP-Politiker:innen in den Fondsbetrug in den Vordergrund zu stellen. War ihr Insistieren auf die Verantwortung des AKP-Vorstandsmitglieds Sayan Kaya noch wirksam, erwiesen sich andere Informationen, die ihr zugespielt worden waren, als falsch. Justizminister Gürlek erklärte, dass die Staatsanwaltschaft eine Liste von 141 natürlichen Personen und 73 juristischen Personen erstellt habe, die vor dem Zusammenbruch der Fonds jeweils Gewinne von mehr als 100 Mio. TL erzielt hätten. Zwar verlangte die Opposition nachdrücklich die Veröffentlichung dieser Liste, doch gelang es dem Justizministerium bisher, sie geheim zu halten.

Auch wenn Meinungsumfragen zeigen, dass die Fondskrise das Vertrauen in das Regierungsbündnis erschüttert hat, gelang es der Opposition nicht, dies für die eigene Mobilisierung zu nutzen. Dazu trägt bei, dass die Operationen gegen oppositionsgeführte Kommunen fortgesetzt und zwei wichtige kritische Medienplattformen geschlossen wurden.

Die Regierung versucht, die Fondskrise als technisches Problem zu handhaben. Zwei Vizeminister im Finanzministerium und der Präsident der Finanzmarktaufsicht SPK wurden ersetzt. Gegen einen früheren SPK-Präsidenten wurde ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Ein Gesetz zur Beschleunigung der Fondsabwicklung wurde am 22. Oktober verabschiedet. Doch der anhaltende Rückgang der Börsenindizes deutet darauf hin, dass es auch gut fünf Wochen nach Ausbruch der Krise nicht gelungen ist, ihre Ausstrahlung auf den gesamten Finanzmarkt einzudämmen. Dies könnte insbesondere den Markt von Schuldverschreibungen betreffen und hätte damit auch direkte Auswirkungen auf die Realwirtschaft. Um wieder Vertrauen aufzubauen, bedürfte es mehr, als einige Spitzenfunktionär:innen auszutauschen. Es bedarf eines neuen Konzepts für den Finanzsektor, Transparenz und einer wirksamen Verhinderung von Patronage.

Impressum

Herausgeberin

Friedrich-Ebert-Stiftung -Türkei Büro
Cihannüma Mahallesi Mehmet Ali Bey Sk. No: 12 D: 4
Beşiktaş - Istanbul
info.tr@fes.de

Verantwortlich

Tina Blohm, Landesvertreterin

Verfasser

Dr. Stefan Hibbeler

Redaktion

Tamer İlbuğa
tamer.ilbuga@fes.de

Bildnachweise

Seite 2: https://www.borsaistanbul.com/en/index/xu100?utm_source
Seite 3: https://www.borsaistanbul.com/data/kilavuzlar/Borsa_Istanbul_A_Story_of_Transformation.pdf#page=51

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. (FES). Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet. Publikationen der FES dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

© FES Türkei - Oktober 2026

➤ [Türkei-Nachrichten Archiv](#)